

Kommission für Verkehr und  
Fernmeldewesen  
CH-3003 Bern

Versand: mittels der Plattform «Consultations»

Bern, 30. September 2024/MD  
VL Pa. Iv. 22.407 und 22.417

## Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien

### Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

FDP. Die Liberalen anerkennt die Bedeutung der regionalen Berichterstattung und der Medienvielfalt in einem föderalen und direktdemokratischen System und ist sich der herausfordernden Situation, in der sich Schweizer Medien – allen voran Regionalmedien – befinden, bewusst.

Die FDP unterstützt die von aSR Philippe Bauer (FDP/NE) geforderte Erhöhung der Abgabenanteile für Veranstalter lokaler Radio- und regionaler Fernsehprogramme von heute 4-6% auf neu 6-8%. Die neue Bandbreite ermöglicht, auf künftige Situationen reagieren zu können, insbesondere falls der Ertrag aus der Radio- und Fernsehabgabe sinkt und somit auch der Anteil für den regionalen Service public. Die FDP fordert, dass die dafür notwendige Gesetzesänderung im Rahmen der Beratung der SRG-Initiative «200 Franken sind genug» beraten werden, falls ein indirekter Gegenvorschlag des Parlamentes zu Stande kommt. Dadurch können Doppelspurigkeiten im Parlament vermieden werden.

Die FDP lehnt hingegen die Forderung der elektronischen Medien (gem. Pa. Iv. 22.417) ab und unterstützt entsprechend die Minderheit Friedli (mit Stark, Wicki), die eine Streichung des 3. Kapitels («Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien») fordert:

- Am 13. Februar 2022 hat die Stimmbevölkerung das Massnahmenpaket zugunsten der Medien (20.038) abgelehnt (54.58% Nein-Stimmen). Die Förderung elektronischer Medien war eines der zentralen Kritikpunkte der Referendumsführer gegen das Medienpaket. So kurz nach einem Volksnein ist es aus demokratiepolitischer Sicht nicht angebracht, die gleichen Massnahmen erneut zu beschliessen.
- Die Parteipräsidentenkonferenz der FDP Schweiz begründete die Nein-Parole zum Medienpaket wie folgt: «Die direkte Förderung der digitalen Medien ist nicht mit einer unabhängigen Medienlandschaft vereinbar. Der Staat kann und soll nicht alle Finanzierungslücken schliessen, die privaten Medienunternehmen entstehen» (vgl. [Medienmitteilung FDP](#) vom 2. Dezember 2021).
- Die KVF-S hat die Eckwerte der Vorlage vor der Publikation des Berichtes zum Postulat Christ (21.3781 – «Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen»)

verabschiedet, welcher nach dem Nein zum Medienpaket verabschiedet wurde und als Diskussionsgrundlagen für die künftige Ausgestaltung der Medienförderung dienen soll.

- Die Beratung der Initiative «200 Franken sind genug» soll abgewartet werden. Die FDP hat in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Änderung der RTVV gefordert, dass der Leistungsauftrag der SRG diskutiert werden soll. Allfällige Massnahmen zu Gunsten der privaten regionalen Medien sollen in Kenntnis des künftigen Auftrags der SRG diskutiert werden.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer